

## Die 'Transnistrische Moldaurepublik' in der Sackgasse

Büscher, Klemens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Büscher, K. (1996). *Die 'Transnistrische Moldaurepublik' in der Sackgasse*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 26/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46229>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Die "Transnistrische Moldaurepublik" in der Sackgasse

### **Zusammenfassung**

Im Gegensatz zur vergleichsweise erfolgreichen Reformpolitik der Chişinăuer Regierung läßt die Führung der Transnistrische Moldaurepublik (PMR) jede ernsthafte politische und ökonomische Reforminitiative vermissen. Eigenstaatlichkeit Transnistriens und Zugehörigkeit zum russischen Großreich sind die beiden Elemente der für alle politischen Akteure verbindlichen "Staats"-Doktrin der "PMR". Die erstaunliche Stabilität des Regimes um den "Präsidenten" I. Smirnov erklärt sich in erster Linie aus den objektiven soziokulturellen und demographischen Voraussetzungen, der Rolle des Sicherheitsapparats sowie der Propaganda- und Medienpolitik. Vielfältige externe Unterstützung erhält Transnistrien aus russischen Quellen, auch wenn Moskau offiziell die Wiederherstellung der moldauischen Souveränität anstrebt. Vieles spricht dafür, daß eine Einigung zwischen Chişinău und Tiraspol nicht im russischen Interesse liegt. Solange Smirnov den Rückhalt aus Moskau spürt, sind weder innere Veränderungen in der "PMR" noch eine politische Regelung des Konfliktes zu erwarten.

### **Der Dnjestr-Konflikt**

Zu den bislang ungelösten territorialen Konflikten im postsowjetischen Raum gehört der Streit um die sogenannte "Transnistrische Moldaurepublik" ("Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika", weithin bekannt unter dem Kürzel "PMR") im Osten der GUS-Republik Moldova. Die Führer des seit Herbst 1990 abgespaltenen Gebiets widersetzen sich einer Einigung mit der Regierung in Chişinău, die de facto die Geschicke Transnistriens nicht kontrollieren und kaum beeinflussen kann<sup>1</sup>. Die "PMR" hat im Verlauf der letzten Jahre eigenstaatliche Strukturen ausgebildet, die den Anspruch der Region auf Souveränität und Völkerrechtssubjektivität untermauern sollen.

Im Gegensatz zur im GUS-Vergleich erfolgreichen Reformpolitik der Chişinăuer Regierung läßt die Führung im transnistrischen Hauptort Tiraspol jede ernsthafte politische und ökonomische Reforminitiative vermissen. Das zu Sowjetzeiten vergleichsweise wohlhabende Gebiet erlebt eine dramatische ökonomische Krise, die zur Verelendung großer Bevölkerungsteile führt. Trotz katastrophaler

<sup>1</sup> Zum Hintergrund und bisherigen Verlauf des Konfliktes vgl. Charles King, Eurasia Letter: Moldova with a Russian Face, in: Foreign Policy 97 (Winter 1994-1995), S. 106-120; Pli Kolstř, Andrei Edemsky (with Natalya Kalashnikova), The Dniester Conflict: Between Irredentism and Separatism, in: Europe-Asia Studies 45 (1993), No. 6, S. 973-1000; Jeff Chinn, Steven D. Roper, Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism: The Case of Moldova, in: Nationalities Papers 23 (1995), No. 2, S. 291-325.

Wirtschaftslage, politischer Perspektivlosigkeit und der Unmöglichkeit, eine internationale Anerkennung zu erwirken, beharrt die "PMR" auf ihrem separatistischen Kurs. Dabei erstaunt die relative Stabilität des Regimes um den transnistrischen "Präsidenten" Igor' Smirnov, die sich aus unterschiedlichen inneren und äußeren Faktoren erklären läßt.

### Das Regime der "PMR"

Beobachter greifen zur Charakterisierung Transnistriens gern auf plakative Formeln wie "Museum der Sowjetunion" oder "letzte Bastion orthodoxer Kommunisten" zurück. Den engen Kreis der politischen Führung bilden außer Smirnov, der zugleich Regierungschef ist, der Minister für Staatssicherheit Vadim Ševcov, der für Außenbeziehungen zuständige "Staatssekretär" Valerij Lickaj sowie der Vorsitzende des am 24. Dezember 1995 bzw. 5. Januar 1996 neugewählten Obersten Sowjets Grigorij Marakuca (Marakuța). Ihre Politik ist durch eine Doppelstrategie gekennzeichnet: Einerseits ist das Bemühen spürbar, der Minirepublik Seriosität und Normalität zu verleihen. Dazu dient das demonstrative Bekenntnis zu Reformen, zu international vereinbarten Menschenrechtsstandards, zu Prinzipien des Völkerrechts. Auch die am 24. Dezember 1995 per Referendum angenommene neue Verfassung der "PMR"<sup>2</sup> trägt demokratisch-rechtsstaatliche Züge. Zugleich hat Smirnov jedoch bestimmte Grundpositionen für alle politischen Akteure verbindlich festgeschrieben, die den Machterhalt der Führung sichern sollen. Diese "Staats"-Doktrin der "PMR" besteht aus zwei ideologischen Grundsätzen:

1. Die Eigenstaatlichkeit Transnistriens ist notwendig, um die transnistrische Bevölkerung vor der aggressiv-nationalistischen Politik Chișinăus (bzw. vor den rumänischen Faschisten) zu schützen<sup>3</sup>. Sie ist zugleich legitim, da die transnistrische Bevölkerung durch historisch-kulturelle Gemeinsamkeiten, ein ausgeprägtes Gemeinschaftsempfinden und eine die ethnischen Gruppen übergreifende, am Slawentum orientierte Mentalität gekennzeichnet ist und also das eigenständige multinationale transnistrische Volk (mnogonacional'nyj pridnestrovskij narod)<sup>4</sup> bildet.
2. Transnistrien ist originär russische Erde, Teil des russischen Kulturraums. Transnistrien muß Bestandteil eines erneuerten russischen Reiches bzw. russisch dominierten Integrationsraumes sein<sup>5</sup>. Die Gründung der "PMR" war notwendig, um Transnistrien nach der Abspaltung Chișinăus als Teil des Imperiums zu bewahren.

Trotz ihres Spannungsverhältnisses sind beide Aspekte, Eigenstaatlichkeit und Zugehörigkeit zu Rußland, absolute Dogmen, die in Transnistrien nicht öffentlich in Frage gestellt werden können. Abweichenden Positionen und Interessen wird jede Möglichkeit der Artikulation verweigert. Dementsprechend gab es auch bei den Dezemberwahlen zum Obersten Sowjet keinen einzigen Kandidaten, keine Partei, keine Publikation, die diese "Staats"-Doktrin nicht unterstützten oder gar für eine Wiedervereinigung beider Teile Moldovas eingetreten wären. Selbst die Fortsetzung oder Intensivierung der Verhandlungen um einen besonderen Status Transnistriens innerhalb der Republik Moldova konnte von niemandem als politisches Ziel formuliert werden. Vertreter entsprechender Positionen wurden und werden bis heute in der Öffentlichkeit verleumdet, eingeschüchert, physisch bedroht.

Während der politische Prozeß in der "PMR" insgesamt weitgehenden Restriktionen unterliegt, ist die Wirtschaftspolitik Gegenstand durchaus offener Auseinandersetzungen. Eine Reihe radikalpatriotischer Organisationen, zu denen die Partei der Volksmacht, die KP Transnistriens, der

<sup>2</sup> Der Text wurde erst kurz vor dem Referendum, am 16.12.1995, im Regierungsorgan Pridnestrov'e veröffentlicht.

<sup>3</sup> Vgl. u.a. die Grundsatzrede Smirnovs auf dem Kongreß der Volksdeputierten aller Ebenen vom 28.10.1995: "Naša cel' - gosudarstvennyj status", Pridnestrov'e, 16.11.1995 bis einschließlich 25.11.1995.

<sup>4</sup> Der Begriff des "multinationalen Volks der PMR" wurde in die Präambel der neuen Verfassung übernommen.

<sup>5</sup> Vgl. "Pridnestrov'e - èastièka velikogo rossijskogo gosudarstva", Dnestrovskaja Pravda, 23.9.1995 (Rede Smirnovs vor der Moskauer Duma am 9.9.1995).

Rat der Veteranen, die Frauenunion und die extrem prosovjetsche Union der Moldauer gehören, hat sich aufgrund ihrer drastischen Kritik an Smirnovs Wirtschaftskurs als Opposition profiliert. In den Wochen vor den Dezemberwahlen gelang es ihnen unter Leitung des ehemaligen Rektors der Tiraspoler Universität, Vasilij Jakovlev, eine Reihe eindrucksvoller Protestaktionen zu organisieren, unter anderem einen mehrwöchigen Streik von Studenten, Lehrern und anderen öffentlichen Angestellten (bjudžetniki), die eine Verbesserung ihrer katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse einforderten. Allerdings unterscheiden sich die Radikalpatrioten faktisch nur in einem wichtigen Punkt von der "PMR"-Führung: Während Smirnov, dem engste Mafiakontakte nachgesagt werden, die spätsowjetischen Wirtschaftsreformen (v.a. Umwandlung von Produktionsunternehmen in Aktiengesellschaften, teilweise privatisierter Kleinhandel) beibehält, fordern die populärmarxistischen radikalen Kräfte eine konsequente Rückkehr zur Sowjetunion der Brežnevzeit und die Verstaatlichung des gesamten Wirtschaftslebens.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums tritt die locker organisierte Bewegung für die Entwicklung Transnistriens für moderate marktwirtschaftliche Reformen ein. Treibende Kräfte sind hier Gewerkschafter und Direktoren zahlreicher Industriebetriebe, insbesondere der vergleichsweise erfolgreichen großen Aktiengesellschaften.

Bei den Wahlen vom Dezember, die faktisch nichts anderes als eine Abstimmung zwischen prorussischen Kräften über die Wirtschaftspolitik, v.a. über die Eigentumsfrage in der Wirtschaft, waren, wurden viele Führungspersonen aus Tiraspol und den Regionen gewählt, während die Radikalpatrioten insgesamt schwach abschnitten. Die in großer Zahl im Obersten Sowjet vertretenen Kolchos- und Fabrikdirektoren lassen eine Restauration des sowjetischen Kommandosystems in Transnistrien unwahrscheinlich erscheinen. Zudem setzte sich Smirnov auch bei der Verfassung durch, die in den entsprechenden Abschnitten unterschiedliche, also auch nichtstaatliche Eigentumsformen vorsieht.

### **Interne Stabilitätsfaktoren**

Keine politische Gruppierung oder Bewegung ist derzeit in der Lage, die Position der transnistrischen Führung zu gefährden. Innere Gründe für die Stabilität des "PMR"-Regimes sind in erster Linie die objektiven soziokulturellen und demographischen Voraussetzungen, die Rolle des Sicherheitsapparats sowie die Propaganda- und Medienpolitik.

Die "PMR"-Behörden kontrollieren ein Gebiet mit über 700.000 Einwohnern<sup>6</sup> überwiegend auf dem linken Dnjestrufer. Während die Bevölkerung in Moldova insgesamt zu 47% in Städten siedelt, beträgt die Urbanisierung im "PMR"-Gebiet etwa 65%<sup>7</sup>. Die größtenteils aus den slawischen Sowjetrepubliken zugewanderten Industriearbeiter und Rentner (letztere stellen mit 150.000 gut ein Viertel der Bevölkerung) prägen den russischen Charakter der transnistrischen Städte. Gerade die verschiedenen Veteranengruppen sind der politisch aktivste Teil der Bevölkerung, zumal ihre radikal prorussisch-sowjetnostalgische Position die einzig sanktionierte ist. Für die Mentalitätsunterschiede gegenüber der rechtsufrigen Moldau ist die Tatsache von Bedeutung, daß Transnistrien nie zu einem moldauischen oder rumänischen Staat gehörte; extrem antirumänische Vorurteile sind selbst bei ethnischen Moldauern in den Städten der "PMR" keine Seltenheit. Die Ukrainer, mit ca. 28% nach den Moldauern (unter 40%), aber noch vor den Russen (26%) zweitgrößte nationale Gruppe Transnistriens, konnten aufgrund ihrer stark sowjetisch geprägten Identität der transnistrischen Politik bislang kaum eigenständige Impulse geben. Erste Anzeichen einer allmählichen nationalen Renaissance der Ukrainer sind allerdings sichtbar.

<sup>6</sup> Der überwiegende Teil der Stadt Bendery ist faktisch Tiraspol unterstellt und wird hier daher der transnistrischen Bevölkerung zugerechnet.

<sup>7</sup> Anuarul statistic al Republicii Moldova 1994, Chi<sup>o</sup>in<sup>ă</sup>u 1995, S. 56-59.

Auch wenn der massive Terror der Zeit bis 1993 gegen Separationsgegner<sup>8</sup> heute nicht zu beobachten ist, spielt der mittlerweile gut ausgebaute Apparat aus Staatssicherheit (MGB)<sup>9</sup> und verschiedenen paramilitärischen Einheiten weiterhin eine entscheidende Rolle für den Machterhalt der Smirnov-Führung. Transnistrien ist geprägt durch ein Klima der Angst, durch offene Einschüchterungen und latenten Vertreibungsdruck auf Regimegegner. Der Bevölkerungsaustausch der letzten Jahre nach ideologischen Kriterien (Abwanderung reformfeindlicher und prorussischer Kräfte nach Tiraspol, Vertreibung transnistrischer Separationsgegner nach Chişinău) setzt sich weiter fort.

Zunehmend nutzt Smirnov rechtliche Instrumente zur Kriminalisierung und Ausschaltung Oppositioneller: Die neue Verfassung verbietet jegliche Tätigkeiten und alle Informationen, die "gegen die Souveränität der Republik gerichtet" sind (Art. 7 und 25). Ein zusätzliches Gesetz belegt "Widerstand gegen Verfassungsbestimmungen" mit bis zu siebenjähriger Haftstrafe.<sup>10</sup> Am 15.1.1996 erklärte Smirnov den "wirtschaftlichen Notstand" und verfügte u.a. Pressezensur, die Registrierung von Kopiergeräten und die Einschränkung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.<sup>11</sup>

Ein kaum zu unterschätzender Faktor für die Gewährleistung der Stabilität des "PMR"-Regimes ist die Propaganda- und Medienpolitik.<sup>12</sup> Insbesondere seit dem Weggang von General Lebed' als Kommandeur der ehemaligen russischen 14. Armee übt Smirnov effektive Kontrolle über sämtliche transnistrische Medien aus. Glasnost' herrscht lediglich innerhalb des durch die "Staats"-Doktrin definierten Toleranzbereichs. Allerdings sind die (überwiegend rumänischsprachigen) Radio- und TV-Programme aus Chişinău weitgehend zu empfangen, ebenso wie russische Kanäle.

### Externe Unterstützung

Ebenso wie die Separation Transnistriens nur mit Hilfe russischer Unterstützung möglich war, ist auch die gegenwärtige Existenz der "PMR" ohne Beistand aus der Russischen Föderation undenkbar. Das Ausmaß russischer materieller Hilfe für Smirnov bleibt allerdings Spekulation. Ebenso ist das Engagement russischer Regierungsstellen kaum von der Unterstützung abzugrenzen, die von russischen Parteien und Organisationen (kommunistischen, nationalistischen, faschistischen) ausgeht.

Sichtbarer als die materielle ist die vielfältige politische und militärische Unterstützung aus Moskau. Die Anwesenheit der etwa 6.500 Mann starken Operativen Gruppe Russischer Truppen, der ehemaligen 14. Armee, garantiert die Sicherheit Tiraspols und wird von Smirnov zurecht als Symbol des Moskauer Eintretens für die "PMR" gedeutet. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lebed' verzichtet der Kommandeur Evneviè auf jegliche Kritik an den transnistrischen Behörden. Anfang September 1995 fand im unmittelbaren Anschluß an die Feierlichkeiten zum 5. Jahrestag der "PMR"-Gründung in Tiraspol eine Parade der russischen Truppen zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges statt, die die Solidarität Rußlands mit der "PMR" demonstrierte. In Chişinăuer Medien tauchen regelmäßig Berichte über Waffenlieferungen an transnistrische Einheiten, über gemeinsame Manöver oder Ausbildung transnistrischer Offiziere durch die russischen Truppen auf.

Das von Rußland nach dem Waffengang von 1992 installierte Peacekeeping-Regime mit der Einrichtung einer breiten Sicherheitszone beiderseits des Dnjestr hat die Existenz der Tiraspoler Minirepublik zementiert: In der trilateralen Gemeinsamen Kontrollkommission, die die Sicherheitszone überwacht, wurden die "PMR"-Vertreter faktisch als gleichberechtigte Partei mit

<sup>8</sup> Vgl. u.a. Helsinki Watch, Human Rights in Moldova. The Turbulent Dniester, New York/Washington March 1993.

<sup>9</sup> Zum Weltbild des "Ministers für Staatssicherheit" und ehemaligen Rigaer OMON-Führers V. Ševcov vgl. V. Loginov, Rasšifrovannyj ministr, in: Špion. Al'manach pisatel'skogo i žurnalistskogo rassledovanija, Vypusk 7, Moskau 1995, S. 10-22. Von ebenso großer Bedeutung für Aufbau und Leitung der transnistrischen Staatssicherheit ist Ševcovs Stellvertreter, der erfahrene KGB-General O. Gudyma.

<sup>10</sup> Pridnestrov'e, 9.1.1996.

<sup>11</sup> BASA-Press, 15.1.1996.

<sup>12</sup> Zur Medienlandschaft Transnistriens vgl. Dan Ionescu, Media in the 'Dniester Moldovan Republic': A Communist-Era Memo, in: Transition (1), No. 19, 20 October 1995, S. 16-20.

Vetorecht in allen Fragen anerkannt. Die offenkundige Verletzung der Vereinbarungen von 1992 durch Tiraspol, das einen Großteil seiner Armee ebenso wie bewaffnete Grenzsoldaten in der eigentlich entmilitarisierten Sicherheitszone stationiert hat<sup>13</sup>, wird von Rußland stillschweigend hingenommen.

Smirnov selbst bemüht sich intensiv um politische Unterstützung von Regierungen aus dem GUS-Raum, kann jedoch bislang nur regelmäßige Grußtelegramme der ebenfalls nicht anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien vorweisen. El'cin hat am Rande des GUS-Gipfels im Januar 1996 in einer Erklärung gemeinsam mit Snegur und Kučma die offizielle russische Position bekräftigt, wonach Transnistrien einen "besonderen Status" im Rahmen einer territorial integrierten Republik Moldau erhalten solle.<sup>14</sup> Bislang konnte die "PMR" auf "außenpolitischem" Gebiet lediglich Wirtschaftskooperation mit Tatarstan, Baškortostan, Karelien, den Städten Moskau<sup>15</sup> und Sankt Petersburg, sowie mehreren russischen und ukrainischen Gebieten vereinbaren<sup>16</sup>.

Die größten Erfolge bei ihren Bemühungen um internationale Unterstützung kann die Tiraspoler Führung bei russischen Parteien und Organisationen des "rot-braunen" Lagers verbuchen, zu denen intensive Kontakte bestehen. Höhepunkt russischer Beistandsbekundungen für die "PMR" war die Duma-Resolution vom 17.11.1995, in der die "Anerkennung der PMR als unabhängiger souveräner Staat" gefordert wurde.<sup>17</sup>

Auch die OSZE, die seit nunmehr drei Jahren eine friedliche Konfliktregelung zu erzielen versucht, hat in gewisser Weise zur Stabilisierung der "PMR" beigetragen, weil sie die demokratisch nicht legitimierte Smirnov-Führung als Partner bei den Autonomieverhandlungen akzeptieren mußte.<sup>18</sup> Internationaler Druck hat die Chişinău Regierung im April 1994 auch dazu bewogen, offiziell Verhandlungen mit Smirnov über den "staatlich-rechtlichen" (gosudarstvenno-pravovoj) Status Transnistriens aufzunehmen. Dies kommt einer nachträglichen Legitimation der transnistrischen Separation nahe.

## Perspektiven

Chişinău schlägt Tiraspol eine "Autonome Republik Transnistrien" vor<sup>19</sup>, die genügend Ansätze für eine vernünftige Einigung beider Seiten bietet. Über internationale Garantien für einen solchen Autonomiestatus wird im OSZE-Rahmen verhandelt. Daß Smirnov dennoch auf einer internationalen Anerkennung der "PMR" beharrt und lediglich zu einem bilateralen Vertrag über ein Assoziationsverhältnis mit Chişinău<sup>20</sup> bereit ist, zeugt von der Radikalisierung und Kompromißlosigkeit der transnistrischen Politik. Die Tiraspoler Führung hat sich unter dem Einfluß Moskauer "Patrioten" in eine politisch und ökonomisch aussichtslose Situation manövriert, in der

<sup>13</sup> Unabhängige Beobachter berichten von transnistrischen Truppen u. a. in der strategisch bedeutenden historischen Festung von Bendery; der Zugang zu strittigen Militärobjekten wird jedoch der OSZE von Tiraspol verwehrt.

<sup>14</sup> Der als Konfliktvermittler eingesetzte russische Sonderbotschafter Jurij Karlov bekräftigt ebenfalls die Integrität Moldovas, empfiehlt jedoch "maximale Autonomierechte" für Transnistrien, BASA-Press, 9.1.1996.

<sup>15</sup> Der Moskauer Bürgermeister Lužkov profilierte sich als besonderer Förderer Transnistriens, als er Smirnov die Eröffnung einer "PMR"-Vertretung in Moskau versprach und die Moskauer Bank "Stoliènyj" mit der Stabilisierung des inflationären Tiraspoler Rubelkupons beauftragte, vgl. Telegraf (Chişinău), 11.11.1995.

<sup>16</sup> U.a. Orlov, Èljabinsk, Odesa, Donec'k, Kirovograd und Vinnycja, vgl. Pridnestrov'e, 16.11.1995.

<sup>17</sup> Pridnestrov'e, 28.11.1995.

<sup>18</sup> Vgl. zur internationalen Konfliktschlichtung Klemens Büscher, Möglichkeiten und Grenzen des OSZE-Konfliktmanagements in Moldova, in: Ethnos - Nation. Eine europäische Zeitschrift, H. 2/1995, S. 71-84; Stefan Troebst, Die Langzeitmissionen der KSZE/OSZE in Mazedonien und Moldova aus der Binnensicht, in: Magarditsch Hatschikjan, Peter R. Weilemann (Hrsg.): Nationalismen im Umbruch. Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa, Köln 1995, S. 232-248; Rolf Welberts, Der Einsatz der OSZE in der Republik Moldau, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 193-210.

<sup>19</sup> Vgl. den Gesetzesentwurf über den Sonderstatus Transnistriens in Nezavisimaja Moldova, 13.12.1995.

<sup>20</sup> Der Vertragsentwurf Tiraspols wurde bisher nicht veröffentlicht, jedoch eine offizielle kommentierende Darstellung der Vertragsgrundsätze und -inhalte (Pridnestrov'e, 26.8.1995).

eine Einigung mit Chişinău nur bei grundlegenden inneren Veränderungen in der "PMR" möglich erscheint. Smirnov setzt augenscheinlich auf eine Machtübernahme der Kommunisten in Moskau, die eine Anerkennung der "PMR" bereits angekündigt haben.

---

Die gegenwärtige und vermutlich auch künftige Priorität Moskaus besteht vielmehr darin, den Einfluß auf Moldova insgesamt auszubauen und die militärische Präsenz im Land zu bewahren.<sup>21</sup> Das im Oktober 1994 zwischen Snegur und El'cin geschlossene Abkommen über den russischen Truppenrückzug wurde bislang von der Duma nicht ratifiziert und trat damit nach russischer Lesart noch nicht in Kraft. Darüber hinaus ist Moskau bemüht, seiner Operativen Gruppe zugleich die Peacekeeping-Aufgaben in der Sicherheitszone zu übertragen, die bisher von gesonderten russischen Friedenstruppen wahrgenommen werden. Dabei wirkt das Argument, Kosten sparen zu wollen, wenig glaubwürdig angesichts gleichzeitig vorgetragener Forderungen nach einer ständigen russischen Militärbasis in Moldova. Die Entschlossenheit, mit der Rußland seine militärische Präsenz in Moldova zu sichern versucht, legt den Schluß nahe, daß eine Regelung des Transnistrienkonflikts nicht im russischen Interesse liegt. Eine Einigung zwischen Chişinău und Tiraspol würde mittelfristig nicht nur die Anwesenheit russischer Truppen überflüssig machen, sondern auch den Verlust der vorteilhaften "Schiedsrichterrolle" Moskaus in der Region bedeuten. Zudem ist ungewiß, ob sich ein wiedervereinigtes Moldova tatsächlich aufgrund des "Transnistrienfaktors" außenpolitisch stärker nach Rußland hin orientieren müßte, wie manche in Moskau zu hoffen scheinen. Die kleine Republik hat langfristig durchaus Chancen, sich aus der Moskauer Umklammerung zu lösen und zum "Tschechien der GUS" zu werden.

Vieles spricht dafür, daß sich die doppelzüngige Politik Rußlands (Erklärungen zur territorialen Integrität Moldovas parallel zu aktiver Unterstützung der "PMR") auch nach den russischen Präsidentschaftswahlen fortsetzen wird. Solange Smirnov den Rückhalt aus Moskau spürt, sind weder innere Veränderungen in Transnistrien noch eine politische Regelung des Konfliktes zu erwarten.

Klemens Büscher

Der Autor ist Doktorand am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität zu Köln und war Mitglied der OSZE-Mission in Moldova von Juli 1995 bis Januar 1996.

Redaktion: Gerhard Simon

---

<sup>21</sup> Vgl. Mihai Gribincea, Challenging Moscow's Doctrine on Military Bases, in: Transition (1), No. 19, 20 October 1995, S. 4-8.